

RÖMISCHE QUARTAL SCHRIFT

für christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte

IM AUFTRAGE

des Priesterkollegs am Campo Santo Teutonico in Rom
und des Römischen Instituts der Görres-Gesellschaft

IN VERBINDUNG MIT

Pius Engelbert, Paul Mikat, Konrad Repgen,
Rudolf Schieffer, Walter Nikolaus
Schumacher, Ernst Walter Zeeden

HERAUSGEGEBEN VON

Erwin Gatz, Klaus Ganzer, Theofried Baumeister

BAND 99, HEFT 1-2



2004

HERDER

ROM FREIBURG WIEN

Zur Geschichte der katholischen Kirche in Italien seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Von MAURILIO GUASCO¹

Teil I: Die Jahre des großen Aufbruchs

1. Was folgt auf das faschistische Regime?

Über Erzbischof Nicola Monterisi von Salerno gibt es eine Episode, die die Situation des kriegszerstörten Italien und seiner ungewissen Zukunft beschreibt und die Probleme andeutet, auf die die staatlichen Behörden noch keine Antwort wussten. Monterisi war von Marschall Pietro Badoglio des mangelnden Patriotismus bezichtigt worden, weil er 1944 sein Priesterseminar nicht als Militärquartier hatte bereitstellen wollen. Dazu bemerkte der Erzbischof: „Als das vom Kriegsgeschehen erschöpfte Volk allein gelassen wurde, blieb ich mit meinen 76 Jahren zusammen mit dem Klerus am Platze, um der Bevölkerung Trost und Unterstützung zu bringen; Marschall Badoglio hingegen floh nach Pescara.“² Aber nicht nur der Erzbischof von Salerno blieb an seinem Platz, sondern die Bischöfe und Priester entschieden sich allenthalben für die Schwächsten: Sie organisierten Hilfen für Obdachlose, nahmen Flüchtlinge und Partisanen auf, verpflegten Versteckte, fanden eine Zuflucht für Juden oder nahmen sie in ihre Häuser auf.

Die Präsenz des Klerus in jenen Gebieten, in denen die staatliche Ordnung in der Endphase des Krieges zusammengebrochen war, ließen bürgerliche und religiöse Kräfte enger aneinander rücken. Der Ehrentitel eines „defensor civitatis“, den die Römer Pius XII. gaben, könnte noch auf viele Bischöfe und Priester übertragen werden. Sie wurden, obwohl ihnen dazu die Vorbereitung fehlte, in bürgerliche Ämter berufen. Die Institutionen zerbröckelten, die Amtsleiter flohen, Bischöfe und Priester aber blieben und nahmen bis zuletzt an der Tragödie ihres Volkes teil. Die Alliierten übertrugen daher, vor allem in Sizilien und in Süditalien, manchen Priestern öffentliche Ämter. Dies erklärt zumindest teilweise, wieso die Kirche aus dem Krieg gestärkt hervorging. Manches hatte eigentlich darauf hingedeutet, dass sie nach dem Fall des faschistischen Regimes in Schwierigkeiten geraten würde und für die Kompromisse, zu denen sie sich herbeigelassen hatte, hätte zahlen müssen. Denn in den dreißiger Jahren hatte sie einen Konsens mit dem faschistischen Regime zumindest hingenommen, und zwar von den Lateranverträgen bis zur offenen Billigung des Kolonialkrieges in

¹ Aus dem Italienischen übersetzt von Franziska Dörr, Erwin Gatz und Herman H. Schwedt.

² Diese Anekdote stammt aus: F. MALGERI, Chiesa, cattolici e democrazia. Da Sturzo a De Gasperi (Brescia 1990) 132.

Afrika, von dem sie neue Möglichkeiten für die Mission erhoffte, von manchem betretenem Schweigen zu den Rassengesetzen bis hin zur Zögerlichkeit, mit einem Regime zu brechen, das jede Würde verlor, indem es sich zum Kriegseintritt entschloss, als es den Ausgang bereits besiegelt glaubte. Vieles deutete darauf hin, dass die Italiener all dies nicht vergessen würden.

Die Entwicklung verlief jedoch anders, und die italienische Bevölkerung fand – wenigstens eine Zeit lang – in der Kirche ihren verlässlichen Bezugspunkt. Die Rolle der Katholiken beim Wiederaufbau hatte Pius XII. bereits in seiner Radioansprache vom 24. Dezember 1942 vorweggenommen, als er sie aufforderte, ihren Verpflichtungen treu zu bleiben. Viele dachten damals schon an die Zukunft. Seit dem Sommer 1942 kam es daher zu halb illegalen Treffen von Dozenten der Katholischen Universität, oft mit Alcide De Gasperi oder Anhängern der ehemaligen Volkspartei Don Luigi Sturzos. Die Teilnehmer gehörten der „guelphischen Bewegung“ katholischer Studenten und Hochschulabsolventen an. Viele trafen sich regelmäßig zu Gebet und Studium im Kloster Camaldoli, und dort erarbeiteten sie vom 18. bis 24. Juli 1943 auch ein Dokument, das programmatische Bedeutung erhielt: „Per la comunità cristiana, principi dell'ordinamento sociale“.

Kein Teilnehmer ahnte, dass fast gleichzeitig Benito Mussolini zurückgetreten war und dass der „Codex von Camaldoli“ ein Baustein für das künftige Parteiprogramm werden sollte. Man traf sich generationenübergreifend: Die Jüngeren, und nicht nur sie, mussten noch die dramatische Erfahrung des Widerstands machen, während sich allmählich jene Partei „Democrazia Cristiana“ bildete, mit der sie in die Nachkriegszeit eintreten sollten. Der Name war nicht zufällig gewählt, denn die Partei wollte zwar an die von Sturzo 1919 gegründete Volkspartei anknüpfen, aber auch nicht auf die Impulse von Romolo Murri verzichten, der 1901 versucht hatte, eine „Democrazia Cristiana“ ins Leben zu rufen, was jedoch nicht gelungen war.

Der Name knüpfte also an die Tradition an. Er konnte aber auch als konfessionelle Option verstanden werden in einem Land, in dem man sich eigentlich keine katholische Bewegung oder Partei vorstellen konnte, die von den Vorgaben der Bischöfe, und besonders des Vatikans, losgelöst war. Auch die Alliierten waren dieser Meinung, und als Mussolinis Stellung wankte, wandten sich die USA an den Vatikan, um dessen Meinung über die Zukunft Italiens einzuholen. Der Mai 1943 kann als Zeitpunkt des Bruchs zwischen Vatikan und faschistischem Regime angesehen werden. Im Vatikan schien man damals an einen allmählichen Übergang zu einer konservativen Regierung zu denken, die von den Institutionen – besonders der Monarchie – gestützt werden sollte. Damals hatte der König noch nicht das Volk seinem Schicksal überlassen und sich persönlich durch Flucht in Sicherheit gebracht.

Die Ereignisse vom Juli 1943 brachten allerdings diese Pläne durcheinander; das galt noch mehr für den September, als Italien sich von Deutschland abwandte. Der Vatikan nahm damals eine abwartende Haltung ein. Er betrachtete den Widerstand mit einigem Wohlwollen, fürchtete aber, dass er kommunistisch hegemonisiert werde. Vielleicht wurde gerade dieses Taktieren Vorbild für viele

Bischöfe und Priester: Sie trafen keine eindeutige Entscheidung, sondern konzentrierten sich auf Hilfe und Unterstützung. Eine Zeit lang war das „Comitato di Liberazione Nazionale“ im Lateranpalast untergebracht und auch im Vatikan fanden gefährdete Persönlichkeiten Aufnahme, darunter die Leiter der künftigen *Democrazia Cristiana* und des *Partito d'Azione*, aber auch Liberale, Sozialdemokraten und Sozialisten.

Die Polemiken über das Verhalten einiger Prälaten und über das sogenannte Stillschweigen angesichts der Judenverfolgung kamen erst später auf. Zwar war es damals schwierig, die Ereignisse zu durchschauen, aber unstrittig war der massive Einsatz der Kirche für Bedürftige ohne Ansehen ihrer Stellung. Das erklärt auch teilweise die Fortsetzung der Hilfe für die ehemaligen Sieger, die später zu Besiegten und Gejagten wurden.

Neben dem Vatikan und den politischen Gruppierungen trat auch die Katholische Aktion auf den Plan. Diese Laienorganisation war von den Faschisten ständig unter Druck gesetzt worden und hatte nicht immer ihre Freiheit wahren können. Im August 1943 wandte sich einer ihrer Leiter, Luigi Gedda, an General Badoglio, der inzwischen den entmachteten Mussolini ersetzt hatte, und präsentierte ihm die Führer der Katholischen Aktion als Ersatz für jene zahlreichen Behördenvertreter, die ihre Stelle verlassen hatten³. Es ist interessant, dass sich schon damals jene Kräfte meldeten, die in der Nachkriegszeit eine Hauptrolle spielen sollten: Der Vatikan und die Katholische Aktion schienen eine Lösung zu bevorzugen, die die institutionelle Struktur des Staates nicht in Frage stellte, während De Gasperi deutlich machte, dass er sich nicht als weltlicher Arm der Kirche auf politischem Gebiet fühlte.

Die letzten Kriegswochen ließen die Position der Kirche noch deutlicher werden. In vielen Städten wurde die Kapitulation der Deutschen in Gegenwart oder durch die Vermittlung kirchlicher Persönlichkeiten unterzeichnet. Mussolini selbst hatte im März 1945 um die Intervention des Erzbischofs von Mailand, Kardinal Ildefonso Schuster, gebeten. Viele Bischöfe übernahmen in den ersten Nachkriegswochen verantwortliche Positionen im öffentlichen Leben, als sich das Problem des Wiederaufbaus und noch mehr der Befriedung in seiner ganzen Dramatik zeigte.

Die Idee einer Einheitspartei der Katholiken setzte sich langsam durch, nachdem die kurze, aber intensive Erfahrung mit dem „Partito Comunista Cristiano“, später „Partito della Sinistra Cristiana“, unter Franco Rodano und Adriano Ossicini ein Ende gefunden hatte. Die Gründe aber, die De Gasperi zum politischen Zusammenschluss der Katholiken trieben, schienen sich von denen des Hl. Stuhls zu unterscheiden. Dies wurde ein Hauptpunkt der widersprüchlichen und nicht immer einfachen Beziehung zwischen der kirchlichen Autorität und dem wichtigsten Exponenten der katholischen Partei. De Gasperi wusste, dass ohne Unterstützung der Kirche nicht an eine starke Partei zu denken war, die die

³ Das Schreiben Geddas an Badoglio wurde veröffentlicht in: T. SALA, *Un'offerta di collaborazione dell'Azione Cattolica Italiana al governo Badoglio (agosto 1943)*, in: *Rivista di storia contemporanea*, 1972, 517–533.

Katholiken zur Demokratie zurückführen und als Damm gegen die Linke fungieren sollte; er wollte sich aber von der Kirche auch nicht unter Druck setzen und die Democrazia Cristiana nicht zu einer konfessionellen Partei werden lassen. Die Vertreter der Kirche waren zu einer solchen Unterstützung bereit, wollten aber nicht darauf verzichten, Richtlinien für die Zukunft, und zwar auch in politischen Fragen, zu geben. Diese Problematik sollte die Democrazia Cristiana viele Jahre begleiten.

2. Die politische Geschlossenheit der Katholiken

Im März 1945, als der Ausgang des Krieges sich abzeichnete, erinnerte die „Civiltà Cattolica“ an „die Pflicht zur Geschlossenheit der Katholiken“ (il dovere della unione fra cattolici). Im Übrigen wurde die Wählerbasis eher von der Kirche als von der Partei kontrolliert, und die Partei war besonders dort stark, wo die Katholische Aktion gut organisiert war. Diese stellte der Partei De Gasperi deshalb auch viele Abgeordnete. Wie oft nach politischen Umbrüchen kam es mancherorts zu Gewalttaten, die auch Priester trafen. Das nährte Befürchtungen vor der Kommunistischen Partei, die sich damals neu organisierte, die in anderen Ländern nach der Macht griff und jede Form von demokratischem Leben auslöschte. Der bekannte Journalist Federico Alessandrini beschrieb das eindrucksvoll in den Zeitungen „Il Quotidiano“ und „L'Osservatore Romano“.

Wenige Monate nach Kriegsende wurden der italienischen Kirche die Schwierigkeiten eines religiösen Wiederaufbaus bewusst. Die vielerorts starke Zunahme der religiösen Praxis war durch die Ängste und Wirren des Krieges bedingt gewesen. Seit der Rückkehr zur Normalität beklagten die Bischöfe dagegen eine moralische Krise und eine Abnahme der religiösen Praxis. Daher wollten sie durch die Zusammenfassung aller Kräfte, durch Einflussnahme auf die Politik und die Abwehr von zwei drohenden Gefahren, nämlich Verfall der öffentlichen Moral und dem Kommunismus, Bedingungen für eine Aktivierung des religiösen Lebens schaffen. An den ersten Regierungen De Gasperi war wie in anderen Ländern auch die Linke beteiligt. Dabei ging es letztlich um eine Zweckallianz im Hinblick auf den Friedensvertrag und um eine große Mehrheit für die Anerkennung der Lateranverträge.

Im Hinblick auf eine wirksamere gesellschaftliche Präsenz waren im Juni 1944 auf Anregung von Achille Grandi die „Associazioni Cristiane dei Lavoratori Italiani“ (ACLI) entstanden. Sie sollten für eine gründliche Bildung der Arbeiter und die Durchsetzung christlicher Grundsätze in Gesellschaft und Gesetzgebung sorgen. Grundlage war die katholische Soziallehre, die als umfassende Weltanschauung dargestellt wurde. Diese Bewegung stand unter dem Schutz der kirchlichen Autorität und fand sofort großen Anklang.

Im Oktober 1946 wurde die neue Satzung der Katholischen Aktion verabschiedet, nachdem diese 1931 wegen des Konfliktes mit dem faschistischen Regime abgeändert worden war. Die starke Ausstrahlung leitender Persönlichkeiten, insbesondere Geddas, führte bald zu einer beachtlichen Entfaltung und zu zahlreichen Initiativen, die sich auch auf die religiöse Praxis auswirkten.

Gedda dachte aber an eine andere Organisation, die die Einheit der Katholiken fördern sollte. Sein Vorhaben verwirklichte er im Februar 1946 durch Gründung von *Comitati Civici* unter straffer Leitung und mit einer verzweigten Vertretung in den Diözesen und Pfarreien. Die Ziele waren hoch gesteckt: Gedda wollte ein tragfähiges und demokratisches (also antikommunistisches) Bewusstsein fördern und Druck auf die öffentliche Meinung zu Gunsten der *Democrazia Cristiana* ausüben. Die *Comitati* spielten für die Wahl im April 1948 eine wichtige Rolle. Danach verloren sie aber an Bedeutung. Im Übrigen erhielt ihr Gründer mit seiner Ernennung zum Generalvorsitzenden der Katholischen Aktion eine wichtigere Aufgabe.

Die gesellschaftliche Präsenz der Kirche wurde schließlich durch die Entscheidung der Verfassungsgebenden Versammlung festgelegt, wonach die Lateranverträge Grundlage der Beziehungen zwischen Staat und katholischer Kirche blieben. Jene Artikel, die nicht mit einem demokratischen Staat vereinbar waren, sollten jedoch angepasst werden. Die Debatte darüber verlief ziemlich hitzig, auch außerhalb der Verfassungsgebenden Versammlung. Von vielen Seiten wurde die Meinung vertreten, der religiöse Friede werde durch eine Ablehnung der Lateranverträge in Frage gestellt. Schließlich wurde Artikel 7 der Verfassung in der Nacht zum 25. März 1947 mit 350 Ja- bei 149 Nein-Stimmen angenommen. Er lautete: „Der Staat und die katholische Kirche sind, jede auf ihrem Gebiet, unabhängig und souverän. Ihre Beziehungen sind durch die Lateranverträge geregelt. Die von beiden Seiten gebilligten Änderungen dieser Verträge bedürfen keiner Verfassungsänderung.“ Das war ein Sieg für die Kirche, der zu heftigen politischen Auseinandersetzungen führte, weil die Kommunistische Partei diese Entscheidung mitgetragen hatte; deren Sekretär Palmiro Togliatti legte in einer interessanten Rede die Gründe dafür dar. Die Kirche behielt also mehrere gesetzlich abgesicherte Möglichkeiten, um ihre Stellung in der italienischen Gesellschaft zu festigen und auszubauen. Im Übrigen schien sich nach dem Sieg der *Democrazia Cristiana* bei den Wahlen im April 1948 eine positive Entwicklung abzuzeichnen, denn zu diesem Wahlsieg hatten die katholischen Verbände und zahlreiche im Wahlkampf engagierte Priester beigetragen. Nach Arturo Carlo Jemolo waren die Zielvorstellungen jedoch mehr als unterschiedlich. Zum Sieg der Kirche über jene Kräfte, die sie ein Jahrhundert zuvor besiegt zu haben schienen, schrieb er: „Ein Jahrhundert voller Leidenschaft von drei, vielleicht vier Generationen; Aufstieg und Niedergang des Liberalismus; unerwartete Verwirklichung eines guelfischen Staates hundert Jahre nach dem Zusammenbruch der neo-guelfischen Hoffnungen: ein kurzer Augenblick, ein kleines Ereignis in der ewigen Geschichte des Verhältnisses zwischen Menschlichem und Göttlichem.“⁴

Der Sieg der *Democrazia Cristiana* hatte in der Tat alle Erwartungen übertroffen. Aber die herben Töne, die dezidiert kirchen- und oft religionsfeindlichen Positionen vor den Wahlen vom April 1948 beendeten den Religionsfrieden, der eine Voraussetzung für die Zusammenarbeit von *Democrazia*

⁴ A. C. JEMOLO, *Chiesa e Stato in Italia negli ultimi cento anni* (Torino 1963) 548.

Cristiana und politischer Linken gewesen war. Ein solcher Religionsfrieden lag aber auch international in weiter Ferne. Inzwischen zeichnete sich nämlich der Kalte Krieg ab und die beginnende Religionsverfolgung in den kommunistisch geführten Ländern war unübersehbar. In Italien wollten die Sozialisten mit den Kommunisten zusammengehen und sie unterwarfen sich ihrerseits vollkommen den Entscheidungen Stalins, der als Übertäter des internationalen Kommunismus galt. Für die italienische Kirche ging es also nicht mehr nur um den religiösen Frieden, sondern um die Bewahrung einer christlich geprägten Gesellschaft. Wichtigste Kraft dafür konnte die Democrazia Cristiana werden, ferner ein starkes soziales Engagement der verschiedenen Organisationen, insbesondere der Katholischen Aktion.

Die Kirche befand sich dabei in einer ungewohnten Situation. Denn die Partei, die der Vatikan zunächst argwöhnisch beäugt hatte, war als Sieger aus der Wahl hervorgegangen und konnte nun zu einem neuen Mittel jener „potestas indirecta“ werden, die die Kirche seit dem Verlust der „potestas directa“ auszuüben versuchte. Pius XII. kam oft darauf zu sprechen und betonte das Recht und die Pflicht der Kirche, bei allen sittlichen Problemen mitzureden, weil die Katholiken berufen seien, die Gesellschaft nach der gottgewollten Ordnung aufzubauen. Dafür konnten sie sich auf beachtliche Kräfte und Einrichtungen stützen. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zählte die italienische Kirche über 45 000 Diözesan- und 15 000 Ordenspriester bei wachsender Tendenz. Einige Ordenskongregationen nahmen nicht nur innerhalb der christlichen Gemeinden, sondern in der gesamten Gesellschaft wichtige Aufgaben wahr. So die Salesianer, die damals etwa ein Drittel aller italienischen Ordensmänner stellten. Sie unterhielten in den fünfziger Jahren 400 Schulen, 150 Jugendzentren und 17 Druckereien. Ähnlich expandierte die Gesellschaft vom hl. Paulus (Paoline). Sie zählte zwar weniger Mitglieder als die Salesianer, war aber von ihrem Gründer Don Alberione auf das wichtige Gebiet der modernen Massenkommunikationsmittel hingewiesen worden. Sie eröffnete Buchhandlungen in fast allen italienischen Provinzen.

Wegen des Mangels an Diözesanpriestern in manchen Gebieten wandten die betreffenden Bischöfe sich für die Pfarrerseelsorge immer öfter an die Orden. Das führte aber zu Problemen bei der Organisation und Zusammenarbeit, da die Ordenspriester ja nicht dem Ortsbischof, sondern ihren Oberen unterstanden. In der Diözese Rom wurde in den fünfziger Jahren die Hälfte aller Pfarreien von Ordenspriestern geleitet. Noch engmaschiger waren die Präsenz und Aktivitäten der über 110 000 Ordensfrauen: In den Nachkriegsjahren leiteten sie 10 000 Kindergärten, über 7 000 Schulen und fast 2 000 Kliniken und Pflegeheime. Dieses Engagement bildete ein großes Plus für die italienische Kirche, doch schienen Änderungen im Ordensleben unabweisbar. Viele Ordensmitglieder wurden nämlich ohne ausreichende Vorbereitung mit der neuen Situation konfrontiert. Pius XII. widmete daher der Erneuerung der Kongregationen, die sich Änderungen oft vehement widersetzen, seine besondere Aufmerksamkeit. Die Bischöfe waren wegen der relativen Autonomie der im Diözesandienst stehenden Ordensleute besorgt, noch mehr aber darüber, dass die Ordensberufungen zu

Lasten des Diözesanklerus gingen. Maßgebende Persönlichkeiten warnten vor dieser Entwicklung. Insgesamt war der italienische Episkopat stark an den Hl. Stuhl gebunden und machte sich zum Sprachrohr von dessen Richtlinien, und zwar im religiösen wie auch im politischen Bereich. So bestanden die Bischöfe z. B. auf dem Mitspracherecht in gesellschaftlichen Fragen und auf der politischen Geschlossenheit der Katholiken, und sie erinnerten wiederholt an die Pflicht, für Kandidaten zu stimmen, die eine Gewähr für die Respektierung der kirchlichen Anliegen boten.

Das Leben in den Pfarreien war von diesen Entscheidungen mitbestimmt, während die Kampagne für die „große Umkehr“ (*grande ritorno*) lief. Aus Rom kamen neue Impulse für die Evangelisierung. Bevorzugt waren Volksmissionen und Treffen mit bedeutenden Predigern oder Referenten. Der Jesuit Riccardo Lombardi war der wichtigste Mitarbeiter auf diesem Gebiet („Mikrofon Gottes“). Hinzu kam die Marienverehrung mit Prozessionen zu den Marienheiligentümern und besonders dem Umzug der „Madonna pellegrina“, eines Marienbildes, dessen Eintreffen in den einzelnen Orten immer von Großveranstaltungen begleitet wurde. Die Marienverehrung erhielt im November 1950 durch die Verkündung des Dogmas der Aufnahme Mariens in den Himmel einen weiteren Impuls. Die forcierte Marienverehrung bildete in Verbindung mit dem politischen Leben einen weiteren Versuch zur Gestaltung einer christlichen Gesellschaft, an der alle religiös inspirierten Kräfte mitarbeiteten.

Der Traum von einem konfessionell geprägten Staat stieß jedoch gerade bei einem Teil jener Kräfte auf Widerstand, die ihn hätten tragen sollen. Manchen Politikern, vor allem De Gasperi, war klar, welche Risiken eine Steuerung des politischen Lebens durch kirchliche Vorgaben mit sich brachte. Die Rückgewinnung breiter katholischer Schichten für die Demokratie nach den Jahren der Diktatur erforderte nämlich zunächst eine Stärkung der demokratischen Institutionen und einen weltlichen Staat, der alle vorhandenen Kräfte achtete.

3. Die Exkommunikation der Kommunisten

Der Wahlkampf des Jahres 1948 hatte gezeigt, dass der wahre Feind der anti-demokratische und religionsfeindliche Kommunismus war. Die Kirche versuchte daher wiederholt, die Kommunistische Partei staatlicherseits ächten zu lassen. Das führte nicht zum Erfolg. Am 1. Juli 1949 veröffentlichte dann das Hl. Offizium ein vom Papst approbiertes Dekret, betr. die Exkommunikation aller Gläubigen, die „sich zur materialistischen und antichristlichen Lehre des Kommunismus“ bekannten. Die Zensur wurde auch auf jene ausgedehnt, die für den Kommunismus warben, da sie als „abtrünnig“ betrachtet wurden. Obwohl dies durch ein weiteres Dekret, das die kirchliche Trauung überzeugter Kommunisten gestattete (11. August 1949), abgeschwächt wurde, warf es doch viele Probleme auf. Das Dekret sagte zwar nichts, was Pius XI. und Pius XII. nicht schon früher erklärt hatten. Auch schien es eher für die osteuropäischen Länder bestimmt, wo die Kirche harter Repression ausgeliefert war. Der Stil des Dekretes war jedoch überstreng: Es verurteilte nämlich nicht nur die kommunistische

Ideologie, sondern es verhängte auch die Exkommunikation über alle, die sich dieser anschlossen oder sie verbreiteten.

Der Text war allerdings mehrdeutig, denn wer war wirklich Kommunist und daher exkommuniziert? Waren es nur die Parteimitglieder oder alle, die sich für den atheistischen Marxismus entschieden hatten? Sogar die Bischöfe taten sich mit der Anwendung schwer und überließen diese den Pfarrern. In vielen Gemeinden wurden infolgedessen die Sakramente gespendet ohne Einforderung des Glaubensbekenntnisses, in anderen dagegen machten die Pfarrer bei der kirchlichen Eheschließung Schwierigkeiten oder sie verweigerten den Mitgliedern der Kommunistischen Partei die Taufpatenschaft. Natürlich war es unkonsequent, ein Sakrament zu erbitten und gleichzeitig einer Partei anzugehören, die sich als atheistisch erklärte. Aber viele Mitglieder teilten eben die religiösen Überzeugungen der Partei nicht und behielten eine gewisse religiöse Praxis bei. Sie hofften auf eine Veränderung der Gesellschaft und auf mehr Gerechtigkeit. So führte die Exkommunikation zu erheblichen Gewissenskonflikten, zu Spannungen in den Familien und oft in den Pfarrgemeinden. Das belastete die Ortskirchen auf lange Zeit.

Ein weiterer Konflikt folgte aus der Spaltung der Einheitsgewerkschaft und der Bildung einer katholischen Gewerkschaft. Mit dem im Juni 1944 unterzeichneten Römischen Abkommen hatte sich die Gewerkschaft als Einheitsorganisation neu konstituiert und ihre Unabhängigkeit von den politischen Parteien bekräftigt. In der Folge erwies es sich jedoch als schwierig, dies aufrecht zu erhalten. Das zeigte sich schon in den ersten Nachkriegsmonaten bei der Gründung der „Coldiretti“ (Verband selbstständiger Landwirte), die stark genossenschaftlich geprägt waren. Sie zählten 1946 schon 4798 Ortsgruppen. Die Landwirte waren das wichtigste Wählerreservoir der Democrazia Cristiana, was die Partei zwang, sich stets nach dieser eher konservativen Gruppe zu richten.

Das Ende der Zusammenarbeit von Democrazia Cristiana und der Linken rückte das Problem der Einheitsgewerkschaft ins Rampenlicht. Die einzelnen Gewerkschaftsorganisationen schienen sich immer mehr an die Vorgaben der politischen Parteien zu halten und es wuchs die Furcht vor einem Übergewicht der Kommunisten. Die seit langem vorbereitete Entscheidung wurde durch das Attentat auf den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Palmiro Togliatti am 14. Juli 1948 und die danach von kommunistischer Seite organisierten Protestveranstaltungen ausgelöst. Daraufhin trennte sich der katholische Gewerkschaftsflügel mit Unterstützung der ACLI und der Democrazia Cristiana von der Einheitsgewerkschaft und gründete die „Libera Confederazione Generale Italiana dei Lavoratori“ (LCGIL), die im April 1950 den Namen „Confederazione Italiana del Sindacato dei Lavoratori“ (CISL) annahm. Gegen die Erwartung eines Teils der Bischöfe gab sich diese Gewerkschaft aber keine Konfessionsstruktur und verlangte von ihren Mitgliedern kein religiöses Bekenntnis. Die Verflechtung der verschiedenen Verbände führte zu einer schwierigen Situation. Die Democrazia Cristiana galt zwar als politische Repräsentantin der Kirche, aber mehrere ihrer führenden Vertreter gedachten keineswegs jene Rolle zu spielen, die einige Bischöfe ihr zudachten. Dies sollte durch die Comitati Civici

erleichtert werden, die ihrerseits im Konflikt mit Teilen der Katholischen Aktion standen, die nicht zum religiösen Zweig der Partei werden wollte. Die Gewerkschaft entschied sich jedenfalls gegen eine konfessionelle Bindung, ohne allerdings ihre religiösen Ursprünge zu vergessen, was wiederum den ACLI Kopfzerbrechen bereitete. Diese waren ja entstanden, um zur Gewissensbildung beizutragen. Sie sahen sich nun zu einer Gratwanderung zwischen der Treue zu ihren Ursprüngen und der Unterstützung – wenn nicht sogar formellen Zugehörigkeit – der Gewerkschaft gezwungen.

Die Democrazia Cristiana stand zwar unter dem starken Einfluss De Gasperis, aber von Geschlossenheit konnte keine Rede sein. Es gab vielmehr unterschiedliche Tendenzen, wenn auch noch keine verschiedenen Strömungen (correnti) wie in den folgenden Jahren. Die Schriften französischer Denker, insbesondere Jacques Maritains und Emmanuel Mouniers, beeinflussten manche führenden Persönlichkeiten, die bei der Ausarbeitung der italienischen Verfassung eine wichtige Rolle gespielt hatten, so etwa Giorgio La Pira, eine Art „Laie als Prophet“, ein großer Jurist, der nach eigener Aussage vor allem die „Erwartungen der Armen“ im Blick hatte, ferner Giuseppe Dossetti und seine Zeitschrift „Cronache sociali“, die zum Sprachrohr der linken Christdemokraten wurde. Zusammen mit anderen, darunter dem künftigen Rektor der Katholischen Universität, Giuseppe Lazzati, befürworteten sie eine starke Partei, die fähig sei, sich den Vorgaben der bürgerlichen Kultur zu entziehen. Sie wünschten eine religiös inspirierte Partei und Kultur, die unabhängig von der Kirche und fähig sei, zwischen „politischer“ und „katholischer“ Aktion zu unterscheiden. Damit war die Unabhängigkeit der Partei von den Bischöfen gemeint.

4. Die Pfarrei als Mittelpunkt des Lebens

Das religiöse Leben vollzog sich natürlich nur zum kleinen Teil in der Partei, den Gewerkschaften und ähnlichen Organisationen. Sein eigentlicher Mittelpunkt und zugleich ein zentrales Element für das gesamte gesellschaftliche Leben waren die Pfarreien. Viele, vor allem im Norden, besaßen ein Jugendheim („Oratorio“), wo sich Jugendliche versammelten. Ihnen wurde eine umfassende Bildung vermittelt. In den Pfarrgemeinden gab es ferner Unterhaltung, Vorträge und Filmvorführungen mit anschließender Diskussion. Die Gemeinden organisierten ferner die ersten Ferienlager und Camps, an denen auch weniger Wohlhabende teilnehmen konnten. Auch für Erwachsene gab es Treffs und Unterhaltung. Oft bestand der „Preis“ dafür in der Teilnahme an Katechese und Gottesdienst, aber die Angebote richteten sich natürlich an alle Menschen. Manche Orden erfüllten ähnliche Aufgaben, so die Salesianer mit ihren Berufsschulen und Jugendheimen. Die Salesianerinnen und andere Orden unterhielten Jugendheime als Orte der Freizeitgestaltung und Bildung für Mädchen.

Eine Zeit lang bestand auch das Laientheater noch fort. Die Organisation von Aufführungen und Inszenierungen begeisterte nicht nur Jugendliche. Jeder Anlass in der Gemeinde wurde zum Vorwand für Feste und Veranstaltungen. Die Unterstützung durch Gruppen der Katholischen Aktion erleichterte die Auf-

gabe der Priester, während die Gruppen der Jüngeren den Frauen anvertraut waren, die auch als Katechetinnen wirkten. Alles kreiste um den Klerus, insbesondere um die Pfarrer als Motoren des kirchlichen Lebens. Von ihnen hingen die verschiedenen Organisationen ab, ihnen unterstanden die jüngeren Priester während ihrer ersten Erfahrung in der Seelsorge. Die Pfarrer gaben auch Anweisungen zum Wahlverhalten und wachten über die Aufstellung der Listen für die Kommunalwahlen. An sie wandten sich die Gemeindemitglieder, wenn sie eine Empfehlung für einen Arbeitsplatz brauchten, und häufig auch die Unternehmer, wenn sie Informationen über die moralischen und politischen Qualitäten künftiger Mitarbeiter wünschten, oder Mütter, die mehr über den künftigen Ehepartner ihrer Kinder erfahren wollten. Oft handelte es sich um wenig gebildete Priester, die aber aufgeschlossener und toleranter waren, als man annehmen könnte: unnachgiebig in ihren Grundsätzen, strenge Gegner des Kommunismus und seiner Ausschreitungen, manchmal von den Gemeindemitgliedern wegen ihrer allzu politischen und nicht genügend biblischen Predigten kritisiert, aber fast immer bereit, auch für jene ein gutes Wort einzulegen, die religiös wie politisch nicht ganz orthodox waren. Die Erzählungen in Giovannino Guareschi's Erfolgsroman „Don Camillo und Peppone“ haben die Auseinandersetzungen zwischen Christdemokraten und Kommunisten – von Don Camillo beschützt bzw. von Peppone verkörpert – in einen Mythos verwandelt. Aber die heftigen antiklerikalen Angriffe Peppones, der trotzdem den Pfarrer um die Taufe seines Sohn bat, hatte Guareschi keineswegs erfunden. Sie entsprachen vielmehr der Situation des Landes, das sich der Kirche, auch als Institution, nach wie vor eng verbunden fühlte.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen Italiens waren groß: Im Norden schlossen sich die religiösen Verbände an die Gemeinden an, während sich die Organisationen im Süden schwer taten, tiefe Wurzeln zu schlagen und die Priester meist bei ihren Familien wohnten, für deren Unterhalt sie manchmal allein aufkamen. Die Bemühungen Pius' XI., der in den dreißiger Jahren Priester aus dem Norden in den italienischen Süden entsandt hatte, damit sie die in ihrer Heimat typische Seelsorge, Organisationskultur und Gemeindeordnung dorthin übertrügen, hatten offenbar nicht ausgereicht. Wegen der Armut des Südens, aber auch wegen unterschiedlicher Auffassungen von Seelsorge besitzen dort viele Pfarreien bis heute kein Pfarrhaus. Die Bischöfe sahen die kulturellen und finanziellen Schwierigkeiten des Klerus durchaus und wiesen darauf hin, dass es neben der wirtschaftlichen auch eine „religiöse Süditalienfrage“ gab. Das wurde in der „Lettera collettiva dell'Episcopato dell'Italia meridionale“ über die Probleme des „Mezzogiorno“, des italienischen Südens, 1948 dargestellt. Diese Analyse führte jedoch zunächst zu keiner merklichen Änderung. Dennoch blieb das religiöse Empfinden des italienischen Südens tief. Es äußerte sich in den traditionellen Festen, Prozessionen und Wallfahrten.

Mehr noch als von der Liturgie könnte man von heiligen Riten sprechen, also der Abwicklung der Feierlichkeiten. Dies zeigen die in den Seminaren verwendeten Handbücher: Die Einführung in die Feier der Liturgie beschränkte sich dort oft auf Anleitungen zur Durchführung der „heiligen Zeremonien“.

5. Die Liturgische Bewegung

Die Liturgische Bewegung, die in einigen Ländern Europas schon beachtlich entfaltet war, war auch in Italien nicht unbekannt. Mit Bezug auf das Dokument Pius' X. „*Inter sollicitudines*“ (1903) veröffentlichten die italienischen Benediktiner seit 1914 die „*Rivista liturgica*“. Sie erschien unter der Leitung von P. Emanuele Caronti aus der Abtei Finalpia bei Savona (Ligurien) und widmete sich den Zusammenhängen von Liturgie, Dogma und Religionspsychologie. Das geschah aus der Überzeugung, dass die Liturgie als zentraler kirchlicher Lebensvollzug jeden Christen berühre. Die Redaktionsgruppe rief im Oktober 1947 anlässlich einer Tagung in der Benediktinerabtei San Giovanni, Parma, das „Centro di Azione Liturgica“ (CAL) ins Leben.

Die neue Bewegung erhielt starken Auftrieb durch die Enzyklika „*Mediator Dei*“ vom 20. November 1947. Sie wurde von größter Bedeutung für die Liturgiegeschichte. Unter seinem ersten Vorsitzenden, dem Bischof von Bergamo, Adriano Bernareggi, übernahm das Zentrum eine Vorreiterrolle durch die Erarbeitung von Arbeitsdokumenten wie auch durch die Ausbildung von Fachleuten für die Seminare und Gemeinden. Nach der Verabschiedung des 1949 veröffentlichten Statuts sollte die erste Nationale Liturgiewoche in Parma einen breit angelegten Austausch ermöglichen. Innerhalb weniger Jahre übernahm das Zentrum immer interessantere Aufgaben wie die jährlichen Liturgiewochen, Kurse für Liturgieprofessoren und Exerzitien sowie Beiträge zur Ausarbeitung neuer liturgischer Bücher. Die Begegnung mit der Opera della Regalità, die einige Jahre zuvor auf Anregung des Gründers der Katholischen Universität P. Agostino Gemelli entstanden war und sich der Verbreitung liturgischer Bücher widmete, führte dazu, dass das Centro di Azione Liturgica maßgeblich an der Vorbereitung und später an der Umsetzung der Liturgiereform des Konzils beteiligt war. Schon die Ernennung eines Bischofs zum Leiter hatte dazu beigetragen, ihm einen offiziellen Platz in der Kirche zu geben; diese Rolle wurde gefestigt, als es 1953 unter den Schutz von Kardinal Giacomo Lercaro gestellt wurde, der mit P. Annibale Bugnini zum Hauptbetreiber für die Durchführung der Konzilsdekrete über die Liturgie werden sollte.

Die wachsende Bedeutung der liturgischen Erneuerung zeigte sich zwischen 1951 und 1952 auch in den römischen Dekreten über die Wiedereinführung der Ostervigil und 1955 über die Liturgie der Karwoche. 1956 wurde der erste Internationale Liturgiekongress in Assisi abgehalten. Es gab noch viele offene Probleme, und die von den römischen Behörden empfohlene Vorsicht zeigte, dass der Weg alles andere als einfach war. Aber die Entscheidung für Italien als Tagungsort bildete auch eine Anerkennung für die hier geleistete Arbeit. Im Jahr 1957 wurde ein Band des Camaldulensers Cipriano Vagaggini „*Il senso teologico della liturgia*“ veröffentlicht. Er übte starken Einfluss auf die Kommission zur Vorbereitung des Konzils aus. Vagaggini war auch Mitverfasser des großen Werks „*Problemi e orientamenti di teologia dogmatica*“, das 1957 von der theologischen Fakultät Mailand herausgegeben wurde. Beide Werke enthielten Beiträge von Autoren verschiedener Länder und Schulen, die die theologische For-

schung zum damaligen Zeitpunkt repräsentierten. Abgesehen von einigen Gelehrten, die sich mit den zeitgenössischen Debatten auseinandersetzten, war die theologische Forschung in Italien damals noch sehr traditionell und von neuen theologischen Strömungen längst überholt⁵. Auf den italienischen Theologen lastete die römische Aufsicht; sie verschärfte sich sogar noch nach der Publikation der Enzyklika „*Humani generis*“ von 1950, die vor möglichen Ergebnissen moderner theologischer Forschung warnte, insbesondere vor der „*nouvelle théologie*“, die doch das Verdienst hatte, mit den großen Kirchenvätern vertraut zu machen.

6. Eine christlich geprägte Gesellschaft?

In den fünfziger Jahren kam es in der italienischen Kirche zu vielen neuen Initiativen. Der Papst unterstützte den „Kreuzzug der Güte“ (*Crociata della bontà*) des P. Ricardo Lombardi SJ, der für eine Rückkehr der Gesellschaft zu Gott warb. Die schrittweise Änderung der Bestimmungen über die eucharistische Nüchternheit und die Einführung der Vorabendmesse ermöglichten den Gläubigen eine neuartige eucharistische Frömmigkeit, während die Reformen des Kirchenjahrs auf die Wiederentdeckung der Liturgie als Zentrum des christlichen Lebensvollzugs vorbereiteten.

Es entwickelten sich ferner Säkularinstitute. Ihren Stil prägten mehrere Persönlichkeiten. Das waren zunächst P. Agostino Gemelli OFM und später einer seiner Nachfolger als Rektor der Universität, Giuseppe Lazzati. Da er die ordensähnliche Gemeinschaft der Mailänder „*Compagnia di San Paolo*“ verlassen musste, hatte Don Giovanni Rossi in Assisi zu Beginn der vierziger Jahre die Stiftung „*Pro Civitate Christiana*“ gegründet. Seine Helfer sollten eine neue Methode der Volksmissionen entwickeln. Auch traten sie als Herausgeber von Büchern und Zeitschriften hervor. Auf diesem Gebiet gab es neben der Krise einiger katholischer Tageszeitungen wie „*Il Popolo*“ und später „*Il Quotidiano*“ den enormen Erfolg der Wochenzeitschrift „*Famiglia Cristiana*“. 1931 auf Initiative Giacomo Alberiones entstanden, erreichte sie 1948 eine Auflage von 100 000 und gegen Ende der fünfziger Jahre von fast einer Million.

Es entwickelten sich auch die sozialen Hilfswerke im Sinne der 1930 gegründeten „*Opera Nazionale per l'Assistenza Religiosa e Morale degli Operai*“ (ONARMO) und der „*Pontificia Opera Assistenza*“ (POA), die ihre Tätigkeit 1944 mit der Unterstützung für Flüchtlinge aufgenommen hatte. Später wurde die Caritas zur Koordinationsstelle der caritativen Initiativen. Die Tätigkeit dieser Einrichtungen und das Engagement eines ihrer Verantwortlichen, Msgr. Ferdinando Baldellis, machten sie zur Zentrale für Hilfsaktionen zugunsten von

⁵ Über die Unzulänglichkeit der wissenschaftlichen Theologie in Italien bis zum Konzil sind die Fachleute einer Meinung: Z. ALSZEGHY – M. FLICK, *Il movimento teologico italiano*, in: *Gregorianum* 1967, 302–325, und vor allem G. COLOMBO, *La teologia italiana. Dommatica 1950–1970*, in: *La Scuola Cattolica*, 1974, 99–191. Kurze aber präzise Informationen über die nachkonziliare Entwicklung bei G. RUGGIERI, *L'Italie*, in: *Le devenir de la théologie catholique mondiale depuis Vatican II. 1965–1999*, sous la direction de J. DORÉ (Paris 2000) 83–108.

Auswanderern, und zwar auch in deren Zielländern. Etwa 350 italienische Priester verließen in den Jahren der stärksten Auswanderung ihr Land, um sich den Auswanderern zu widmen. Es handelte sich vor allem um Angehörige der Kongregation der Scalabrinianer, die Bischof Giovanni Battista Scalabrini von Piacenza zu diesem Zweck an der Wende vom 19. zum 20. Jh. gegründet hatte. Zwischen 1946 und 1951 verließen fast anderthalb Millionen Italiener, vor allem aus dem Süden, ihr Land.

7. Die sozialen Wochen

Ein wichtiges Forum für sozialpolitische Debatten waren die „Sozialen Wochen“, die nach einer durch das faschistische Regime und dann durch den Krieg bedingten Unterbrechung (1934–45) wieder aufgenommen wurden. Sie waren 1907 initiiert worden und folgten einem ähnlichen Stil wie in Frankreich, wo sie seit 1904 bestanden. Dabei wurden im Laufe einer Woche in jährlich wechselnden Städten Vorträge und Seminare angeboten. Der hauptsächliche Zweck war immer noch der, die katholische Soziallehre bekannt zu machen. 1945 wieder aufgenommen, steuerten einige dieser Wochen qualifizierte Beiträge zu sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fragen bei. Eine führende Rolle spielten Professoren der Katholischen Universität Mailand. Ab 1948 war ein päpstlich ernanntes Komitee mit der Organisation der Sozialen Wochen betraut. Die Themen reichten von Fragen der Verfassung bis zu Arbeitsproblemen in Industrie und Landwirtschaft, von Prinzipien der internationalen Gemeinschaft bis zur Bevölkerungsentwicklung, von Familienfragen bis zur Emigration und zu den neuen Beziehungen zwischen den Völkern. Mit der Zeit ging die Tendenz zur Propagation der Sozialenzykliken statt zu einer vertieften Fragenstellung. Die Neigung zum Zentralismus verstärkte sich im Laufe der fünfziger Jahre unter dem Vorsitz von Kardinal Giuseppe Siri, einer bedeutenden und hoch kultivierten Persönlichkeit, der aber von der Auseinandersetzung mit anderen Meinungen nicht allzu viel hielt.

8. Entfaltung und Krise der Katholischen Aktion

Die Bischöfe diagnostizierten bereits in den fünfziger Jahren eine Krise des religiösen Lebens; Anzeichen waren nachlassender Seelsorgeeifer, die Abnahme der religiösen Berufe und das Bestreben mancher Laien, sich bischöflichen Weisungen zu entziehen. Einige Theologen, deren Schriften allerdings nicht ins Italienische übersetzt wurden, schienen ihnen Argumente für ihre Emanzipation zu liefern, so das 1953 erschienene Werk von P. Yves Congar: „Jalons pour une théologie du laïc“. Die Besorgnis der Bischöfe schien jedoch übertrieben, denn die Katholische Aktion erlebte damals ein starkes Wachstum und auch die geistlichen Berufe entwickelten sich nicht schlecht. 1955 gab es in Italien immerhin 25738 Seminaristen, je einen auf 1850 Einwohner, auf 311 Seminare verteilt. Davon waren 207 „kleine“ Seminare für Mittelschüler, 36 Priesterseminare (seminari maggiori) mit Gymnasium und Theologie sowie 68 Vollseminare mit

Schülern und Studenten vom Kindesalter an. Die Zahl der überdiözesanen Regionalseminare belief sich auf 16. Im Übrigen gab es 45138 Priester, einen pro 1060 Einwohner. Von den 2759 Klöstern mit strenger Klausur in der ganzen Welt lagen 528 in Italien.

Dennoch war die Sorge der Bischöfe berechtigt. Die Verstärkung infolge der Landflucht und eine neu aufkommende Kultur, in der die Rhythmen des agrarisch und von der Kirche geprägten Lebens in Frage gestellt wurden, beunruhigten sie ebenso wie die auffällige Abnahme der religiösen Praxis. Als größte Gefahren galten immer noch Kommunismus und Protestantismus; dazu kam der Laizismus mit seinen oft antiklerikalen und antireligiösen Tendenzen.

Nach den großen Erfolgen des Jahres 1948 hatte nun auch die Democrazia Cristiana bei den Kommunalwahlen von 1952 sogar in Rom Probleme. Der „Osservatore Romano“ und die „Civiltà Cattolica“ als Sprachrohr des Vatikans erinnerten daran, dass die christlichen Prinzipien auch für politische Wahlen Gültigkeit besäßen. Im Januar 1952 wurde Luigi Gedda Generalpräsident der Katholischen Aktion, und es war sicher kein Zufall, dass der Gründer der Comitati Civici zur Unterstützung der Democrazia Cristiana beabsichtigte, die Katholische Aktion für die Wahlen zu mobilisieren. Um dem Risiko eines Sieges der Linken entgegenzutreten, dachte man in manchen Städten an Bündnisse mit den Rechtsparteien. In Rom selbst erwog man im April 1952, mit kirchlicher Unterstützung eine Bürgerliste aufzustellen; die Leitung sollte Don Luigi Sturzo übernehmen, der eine Gewähr für Demokratie bot. Sturzo war wegen seines Widerstandes gegen das faschistische Regime zwanzig Jahre im Exil gewesen. Als Priester fügte er sich seinen geistlichen Oberen und nahm den Auftrag im Gehorsam an. Das Vorhaben scheiterte jedoch. Damit begann das Ende der Vorherrschaft De Gasperis.

Ein Jahr nach der „Operation Sturzo“ und der Auseinandersetzung über ein Wahlgesetz, das wenig demokratisch erschien, verfehlte De Gasperi im Juli 1953 die Mehrheit für eine neue Regierung. Er war zum Rücktritt gezwungen, wurde von einem Teil der Partei im Stich gelassen und sogar in kurialen Kreisen angefeindet. Die römischen Jesuiten nützten jede Gelegenheit, um in der „Civiltà cattolica“ darzulegen, sein Kurs habe sich erledigt und bedürfe einer Erneuerung. Man müsse das Bündnis mit den laizistischen Parteien aufkündigen, sich nach rechts orientieren und energischer gegen den Kommunismus vorgehen.

Im März 1953 griff der soeben zum Kardinal erhobene Alfredo Ottaviani in der Päpstlichen Lateranuniversität den Philosophen Jacques Maritain an; er warf ihm u. a. vor, Spiritus rector jener Katholiken zu sein, die eine von kirchlicher Weisung unabhängige Politik wünschten, und sprach sich für eine konfessionelle Gestaltung Italiens nach dem Vorbild Spaniens aus, wo damals gerade das Konkordat unterzeichnet wurde.

Wenige Monate später, im März 1954, unterstrich De Gasperi dagegen vor dem Parteitag der Christdemokraten, dass die Partei unabhängig und der Staat selbst konfessionell nicht gebunden sein dürfe. Damit zog er sich die Kritik des Papstes zu, die in der „Civiltà cattolica“ zum Ausdruck kam. Die Stellungnahmen der Jesuitenzeitschrift, die nur päpstliches Sprachrohr war, sollen den

christdemokratischen Spitzenpolitiker tief verletzt haben. Es blieb aber nicht mehr viel Zeit, um über die neue Situation seiner Partei nachzudenken, da er im August 1954 unerwartet starb. Er war einer jener wenigen, die einen tiefen christlichen Glauben mit entschiedenem politischen Engagement verbanden. Seine hohe Kultur und Standhaftigkeit machten ihn zu einer Leitfigur der italienischen Geschichte seiner Zeit.

Als Besiegelung des Endes dieser politischen Linie verließ Msgr. Giovanni Battista Montini Rom und das Staatssekretariat. Er war einer der wichtigsten Parteigänger De Gasperis gewesen. Wenige Tage nach dessen Tod war nämlich der Erzbischof von Mailand, Kardinal Ildelfonso Schuster, gestorben. Montini wurde am 3. November zu dessen Nachfolger ernannt. Was ursprünglich als eine Entfernung gedacht war, wandelte sich jedoch zu einer Gelegenheit, seelsorgliche Erfahrungen zu machen, die angesichts seiner späteren Wahl zum Papst von größter Bedeutung wurden.

Das Jahr 1954 rief Pius XII. als Marianisches Jahr zur Förderung der Marienverehrung in der ganzen Welt aus; es war zugleich das Jahr der Heiligsprechung Pius' X., für die sich sein Nachfolger sehr eingesetzt hatte, die aber wegen der antimodernistischen Repression jenes Papstes auf einigen Widerspruch stieß.

Damals erlebte die Katholische Aktion ihre Glanzzeit mit über drei Millionen Mitgliedern; in manchen Berufsgruppen, z. B. bei den Lehrern, erfasste sie bis zu 75 %. Trotz einer gewissen autoritären und zentralistisch geprägten Atmosphäre zählte sie unter ihren Mitgliedern Persönlichkeiten, die die italienische Kirche prägten. Im Januar 1949 nahm die Halbmonatsschrift „Adesso“ ihre Tätigkeit auf. Sie war von einer kleinen Gruppe unter dem engagierten und charismatischen Don Primo Mazzolari, Pfarrer von Bozzolo in der Diözese Cremona, initiiert worden. Er stand unter dem Einfluss verschiedener Vorkämpfer für Freiheit und Toleranz wie Bischof Geremia Bonomelli und P. Gazzola. Seine Opposition gegenüber dem Faschismus, die ihm den Hass des Regimes, aber auch Rügen von kirchlicher Seite eingebracht hatte, seine hohe Bildung und seine ebenso große Leidenschaft als Seelsorger machten aus dem zuvor unbekanntem Landpfarrer eine wichtige Persönlichkeit. Binnen kurzem wurde das Magazin zu einem Zeichen des Widerspruchs.

In diesen Jahren ging der Stern von Nomadelfia auf. Dabei handelte es sich um eine auf Anregung von Don Zeno Saltini gegründete Gemeinschaft von Familien; es entstand eine kleine Stadt, in der „Brüderlichkeit Gesetz“ war. Entstanden war sie 1948 in Fossoli di Carpi (Provinz Modena), wo Don Zeno verlassenen Kindern ein Heim geschaffen hatte. Aber der große Traum und die christliche Utopie dieses eigensinnigen und von Leidenschaft für das Evangelium und die Armen erfassten Priesters geriet 1953 in eine Krise, als er, durch Streitigkeiten, Unverständnis und eigenwillige wirtschaftliche Entscheidungen in Verruf gekommen, um Rückversetzung in den Laienstand bat. Nach Annahme seines Antrages ließ er sein Werk dennoch nicht im Stich. 1962 konnte er seine priesterliche Tätigkeit wieder aufnehmen und sich der Entwicklung seiner Stadt widmen, einer kleinen Oase in einer Gesellschaft, die anderen Zielen nachging.

Im Jahr der Laisierung Don Zenos (1953) kam es auch anderwärts zu Entscheidungen gegen neue Experimente. In Frankreich wurden nach längerem Hin und Her die Oberen jener Ordensleute, die sich für die Arbeit in Fabriken entschieden hatten (Arbeiterpriester), aufgefordert, dem ein Ende zu machen. Im März 1954 folgte eine Aufforderung an die betreffenden Diözesanpriester. Man war um ihr priesterliches Leben besorgt, weil ihr Arbeitsrhythmus ihnen die Erfüllung der priesterlichen Pflichten nicht möglich machte. Noch größere Sorgen bereitete aber wohl ihr Einsatz für linksgerichtete Organisationen, die von der Kommunistischen Partei abhingen, die als größter Feind der Kirche galt und in Osteuropa ihren Unterdrückungskurs fortsetzte.

Der Kampf gegen den Kommunismus lenkte aber die Aufmerksamkeit von einer neuen Gefahr ab, die bald die Grundlagen der katholischen Präsenz unterhöhlen sollten. „Während die Katholiken sich auf den öffentlichen Plätzen hitzige Auseinandersetzungen mit den kommunistischen Organisationen lieferten“ – schrieb ein guter Kenner –, „die als größte Bedrohung für den Glauben der Italiener angesehen wurden, oder im Staat die übrig gebliebenen Nischen des vom Risorgimento inspirierten Laizismus anprangerten, kam der wahre Feind hinter ihrem Rücken, still und lange unbemerkt, in Gestalt der Konsumgesellschaft, die den Glauben des italienischen Volkes ohne besonderes Aufsehen, aber dafür umso gründlicher, zersetzte.“⁶ Einer der ersten, die diese Gefahr erkannten und sich mit der Entchristlichung und der Illusion, sie mit traditionellen Mitteln aufhalten zu können, beschäftigten, war wiederum ein Priester. Mit seinen Schriften und Stellungnahmen provozierte er noch heftigere Debatten als einst Don Zeno. Dem breiteren Publikum wurde der Name des hoch gebildeten, aus Florentiner Bürgertum stammenden Don Lorenzo Milani erst später bekannt, vor allem dank seiner Polemik gegen die Militärkapläne und seinem „Brief an eine Lehrerin“ (1967). In seinen frühen Jahren als Seelsorger hatte er sich mit der Krise der Frömmigkeit befasst und seine kritischen Betrachtungen in dem Band „Seelsorgliche Erfahrungen“ (1957) veröffentlicht; dieses Werk bildete eine der wenigen ernsthaften Abhandlungen zur Religionssoziologie, die nach dem Krieg in Italien erschienen.

Die genannten Persönlichkeiten waren aber nicht die einzigen, die Bewegung in das scheinbar verkrustete sozial-religiöse Panorama der damaligen Zeit brachten. In Mailand folgte der Servit Davide Turollo, eine unruhige und beunruhigende Gestalt, dem schwierigen Weg Don Zenos. P. Ernesto Balducci nahm seine Tätigkeit dagegen in Florenz auf und gründete die Zeitschrift „Testimonianze“, zu deren Abonnenten auch Montini zählte. Eine Gruppe von Laien hingegen veröffentlichte in Genua die kleine, aber nicht weniger wichtige Zeitschrift „Il Gallo“.

Die Überlegungen zur Rolle der Gemeinden und ihrer Neugestaltung fanden in Brescia einen Vertreter in dem Oratorianer Giulio Bevilacqua. In kulturellen Diskussionen versiert, fühlte er sich vor allem als Seelsorger und verzichtete auf

⁶ P. SCOPPOLA, *La „nuova cristianità“ perduta* (Roma 1985) 20.

seine Tätigkeit als Gemeindepfarrer nicht einmal nach seiner Ernennung zum Kardinal im Jahr 1965.

Diese Persönlichkeiten und Zeitschriften griffen in die politischen Debatten ein, boten aber gleichzeitig den Gläubigen ein kulturelles Forum über die engen Grenzen eines mittelmäßigen Provinzialismus hinaus. Diesen Weg schlug am entschlossensten und zugleich diskret ein Priester aus Süditalien ein, der zum Muster eines „römischen Priesters“ wurde. Es war Don Giuseppe De Luca, ein äußerst belesener und kultivierter Schriftsteller, Herausgeber von Texten zur Geschichte der Frömmigkeit, die eine unerschöpfliche Quelle zur Religiosität darstellen, Freund und Briefpartner von Künstlern, Politikern und Intellektuellen, von denen viele nichts mit der Kirche zu tun hatten, geschätzter Berater von Verlagen und Gründer und Leiter der „Edizioni di Storia e Letteratura“ in Rom. De Luca war ein Unikum in der italienischen Kulturlandschaft.

1953 wurde in Italien ein Buch veröffentlicht, das viele Priester und Laien prägen sollte. René Voillaume, der in den dreißiger Jahren die Kongregation der Kleinen Brüder Jesu ins Leben gerufen hatte, beschäftigte sich damals mit dem Leben und den Schriften des Charles de Foucauld. Er sammelte seine Briefe an die Bruderschaften unter dem Titel „Come loro“. Darin wurde ein neuer spiritueller Weg vorgestellt: Er besteht in der stillen Gegenwart und im Lebenszeugnis unter den Ärmsten und Ausgegrenzten und zugleich in Kontemplation und eucharistischer Frömmigkeit. Im November 1951 war die erste römische Gemeinschaft der Kleinen Schwestern Jesu entstanden; auch der weibliche Zweig folgte Charles de Foucauld; er war 1939 von Madeleine de Jésus (* 1898 in Frankreich) gegründet worden.

Die neuen Anregungen wurden vor allem von der jungen Generation aufgegriffen. Sprachrohr wurden verschiedene Führungskräfte der Katholischen Aktion, die damals dank ihrer stark autoritären und zentralistischen Leitung ihren Höhepunkt erlebte. Luigi Gedda war der Hauptbeteiligte am neuen Start der Bewegung gewesen, obwohl seine Vorgeschichte als Verantwortlicher der Comitati Civici nahelegte, dass er der Katholischen Aktion eine politische Rolle zuschrieb. Schon die bereits erwähnte „Operation Sturzo“ im April 1952, wenige Monate nach dem Amtsantritt Geddas, war Zeichen einer neuen Einbeziehung der Kirche und ihrer Institutionen in die Politik des Landes.

Dieser zentralistische Kurs stieß aber bald auf den Widerstand anders denkender Jugendverbände, die sich zum Teil am französischen Vorbild orientierten, wo die einzelnen Organisationen ausgesprochen autonom waren. Die Schwierigkeiten im Nebeneinander dieser beiden Optionen führten im Oktober 1952 zum Rücktritt des Verantwortlichen Carlo Carretto. Sein Nachfolger wurde Mario Rossi, der bald ebenfalls in Schwierigkeiten geriet. Im Grunde ging es um verschiedene Organisationsmodelle, nämlich das Geddas: klassenübergreifend, pfarreigebunden und mit starker Zentraleitung, und das Rossis, das auf unterschiedlichen Organisationen aufbaute. Dahinter war ein tieferer Konflikt zwischen zwei verschiedenen Auffassungen über das Engagement der Verbände zu erkennen, die nach Gedda stärker in den politischen Bereich hineinwirken, sich nach Rossi dagegen auf die religiöse Bildung konzentrieren sollten. Rossi

dachte zwar nicht an eine exklusiv religiöse Option. Er war aber der Meinung, dass es nicht Aufgabe der Katholischen Aktion sei, ihre Mitglieder davon zu überzeugen, es gäbe für den Gläubigen in der Politik nur die katholische Partei. Er forderte mehr den sozialen Einsatz. Die Annahme, Gedda habe ein Bündnis der Democrazia Cristiana mit den Rechtsparteien und Rossi eines mit den Linken angestrebt, ist oberflächlich. Es ging vielmehr um eine Veränderung der Gesellschaft und um mehr Gerechtigkeit durch Unterstützung der einfacheren Sozialschichten und vor allem der Armen.

Diese Optionen wurden nach dem Konzil auch von den Bischöfen übernommen. Bis dahin aber wurden sie als Unterstützung für die Linksparteien gedeutet, ja als Sympathisieren mit dem Kommunismus. Ähnliche Beschuldigungen waren schon gegen Don Primo Mazzolari erhoben worden, als er von sozialer Gerechtigkeit und von den Armen gesprochen hatte; auch gegen Rossi, der im Januar 1954 zurücktreten musste, wurden diese Vorwürfe laut. Sie wogen umso schwerer, als sie von einer Kardinalskommission ausgingen. Rossi ergriff daraufhin wieder seinen Beruf als Arzt und wartete auf das Ende der Zeit, die er in einem autobiografischen Band „I giorni dell'onnipotenza“ nannte.

Die beiden anderen Protagonisten der Krise des Jugendverbandes, Carlo Carretto und Don Arturo Paoli, schlugen unterschiedliche, aber gleichermaßen bezeichnende Wege ein. Don Paoli, der kirchliche Vizeassistent der Azione Cattolica, war dem Beispiel Rossis gefolgt und von seinem Amt im Verband zurückgetreten. Nach einer Zeit der Suche entschieden sich beide für die Spiritualität von Charles de Foucauld, die P. Voillaume in den Jahren der restaurativen Wende der Azione Cattolica in Italien eingeführt hatte. In einer scheinbar monolithischen und zentralisierten Kirche wählte Rossi die Zusammenarbeit mit einem Pfarrer gewissermaßen als Symbol einer im sozialen Umfeld verwurzelten Kirche; die anderen wurden Anhänger einer Persönlichkeit, die gestorben war, ohne Ordensgründungen oder Jünger zu hinterlassen, die aber dennoch zum Vorbild für eine erneuerte Spiritualität wurde.

9. Entwicklungen in der Missionsarbeit

Das Engagement in den auswärtigen Missionen hatte sich in Italien unter anderen Bedingungen entwickelt als im übrigen Europa und vor allem in jenen Ländern, die sich im 19. Jahrhundert große Kolonialreiche geschaffen hatten. Oft war dort die Mission der staatlichen Inbesitznahme gefolgt. Italien hatte lange eine marginale Rolle in der europäischen Kolonialpolitik gespielt, und sein Missionseinsatz ergab sich entweder aus der Entscheidung einzelner Kongregationen oder aus der Tatsache, dass viele Priester in Gebiete mit starker italienischer Einwanderung gingen, um die Emigranten zu unterstützen, sich in das neue soziale Umfeld zu integrieren und zugleich ihre Traditionen, darunter auch Glaube und religiöse Praxis, zu bewahren.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren in Italien mehrere religiöse Kongregationen entstanden, die sich speziell der auswärtigen Mission widmeten, und dieses Anliegen griffen auch die älteren Orden auf. 1850 war in Mailand

das „Istituto Missioni Estere“ und 1871 in Rom das „Pontificio Seminario degli Apostoli Ss. Pietro e Paolo“ gegründet worden. Die Zusammenlegung beider Einrichtungen führte 1926 zur Schaffung des „Pontificio Istituto Missioni Estere“ (PIME). 1867 hatte Daniele Comboni in Verona ein Institut ins Leben gerufen, dem er den Namen „Figli del Sacro Cuore di Gesù“ gab und dessen Mitglieder als Kombonianer bezeichnet werden; der weibliche Zweig des Instituts entstand 1872 („Pie Madri della Nigrizia“). In Frankreich hatte P. Léon Dehon 1877 die Priester vom Hl. Herzen Jesu („Dehonianer“) gegründet, die sich in der Folge ebenfalls der Mission widmeten. In Parma schuf Bischof Guido Maria Conforti 1895 die „Pia Società di S. Francesco Saverio per le Missioni Estere“ („Saverianer“), während in Turin der Kanonikus Giuseppe Allamano 1901 das „Istituto Missioni Consolata“ mit einem männlichen und einem weiblichen Zweig gründete. Weitere Kongregationen folgten dem Weg in die Mission.

Die Errichtung des Päpstlichen Werks der Propaganda Fide in Italien (1921) mit dem späteren Papst Johannes XXIII. als erstem Präsidenten gab der Mission starken Auftrieb, und die Bewegung erfasste viele Diözesen. Einen weiteren Schub bewirkten die Enzykliken Benedikts XV. und Pius' XI. sowie das Wirken von P. Manna, vor allem durch die Gründung der „Unione Missionaria del Clero“ (1916).

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wuchs die Zahl der in der auswärtigen Mission tätigen Italiener stark an. In den vierziger Jahren arbeiteten dort fast 100 Männer- und Frauenkongregationen mit ca. 10 000 Mitgliedern. In den zwanziger Jahren waren es erst 3000 und in den dreißiger Jahren 5000 gewesen, wobei die Frauen weit überwogen. Am stärksten vertreten waren die Salesianer und Salesianerinnen, die Franziskaner, die Canossianerinnen, die Schwestern von Maria Bambina sowie verschiedene Missionsorden, die sich auf Afrika konzentrierten. Das Interesse nahm bis in die fünfziger Jahre weiter zu.

Im September 1956 fand in Florenz der erste Missionskongress für Seminaristen statt, auch dies ein Ergebnis der neuen Atmosphäre in den Seminaren, deren Horizont sich nicht mehr auf die Diözese beschränkte. Im Jahr darauf gab es einen weiteren Kongress für jene Seminaristen und Missionszirkel, die sich in vielen Seminaren gebildet hatten; er wurde 1957 zusammen mit dem nationalen Missionskongress in Padua abgehalten. Die Teilnehmer setzten sich zwar mit verschiedenen Themen auseinander, aber alles kreiste um jene Enzyklika, womit Pius XII. die Perspektiven der Mission radikal verändert hatte.

Das päpstliche Dokument vom 21. April 1957 unter dem Titel „Fidei donum“ widmete sich den katholischen Missionen, besonders in Afrika. Der Papst plädierte darin für die Heranbildung eines einheimischen Klerus und damit einer einheimischen Hierarchie, die bald selbst für die Evangelisierung im eigenen Land Verantwortung übernehmen sollte. Pius XII. war sich bewusst, dass dies noch eine beträchtliche Zeit dauern werde, dass aber die Missionskongregationen nicht mehr in der Lage sein würden, der Entwicklung gerecht zu werden. Er schlug deshalb vor, dass Priester für eine begrenzte Zeit in die auswärtigen Missionen gingen: „Auf diese Weise leisten sie ihnen einen unvergleichlichen Dienst, indem sie mit Umsicht und Zurückhaltung neue und spezialisierte Formen des

priesterlichen Dienstes vermitteln und den einheimischen Klerus auf dem Gebiet des kirchlichen und weltlichen Unterrichts ersetzen, die diese selbst nicht leisten können. Gerne ermutigen wir solche hochherzigen und praktischen Initiativen; umsichtig vorbereitet und durchgeführt, können sie eine wertvolle Lösung in einer schwierigen, aber hoffnungsvollen Zeit des afrikanischen Katholizismus sein.“

Pius XII. zeigte also einen neuen Weg auf, ohne die traditionelle Praxis zu desavouieren: die Zusammenarbeit zwischen den Diözesen. Ein Diözesanpriester, der einen Teil seines Lebens der Mission widmen wollte, sollte von seinem Bischof mit einer Diözese eines noch wenig christianisierten Landes in Kontakt gebracht werden. Der Priester verpflichtete sich zunächst für drei Jahre, wobei er an seine Heimatdiözese gebunden blieb, aber in der neuen Pfarrei dem Ortsbischof unterstand. Diese Einladung fand ein breites Echo vor allem dort, wie es vorher schon Interesse für die Mission gegeben hatte. In Padua war z.B. im Dezember 1950 das Collegio Universitario Aspiranti e Medici Missionari entstanden, während der dortige Bischof 1951 seine Priester bat, sich für Länder mit Priestermangel zur Verfügung zu stellen. 1956 entsandte er die ersten nach Lateinamerika und bat den Hl. Stuhl darum, der Diözese Padua ein Missionsgebiet anzuvertrauen. Damit griff er Initiativen der französischen Kirche aus den vierziger Jahren auf, namentlich der „Mission de France“. Das Prinzip war das gleiche, und die Enzyklika von 1957 besiegelte dies und nahm gewissermaßen die Wiederentdeckung der kollegialen Leitung der Kirche seitens des Bischofskollegiums unter dem Papst vorweg. Jeder Bischof, so sollte das Konzil später betonen, ist für die Evangelisierung der ganzen Welt und nicht nur seiner eigenen Diözese verantwortlich.

Im Hinblick auf die wachsende Zahl geistlicher Berufe änderten und erweiterten auch die Missionsorden ihren Wirkungskreis. Weit verbreitet waren Missionstage in den Pfarreien zur Anregung des missionarischen Bewusstseins, aber auch zur Werbung für Berufe. Auch wurden Treffen organisiert, besonders in den Sommerferien. Solche „Berufungs- oder Missionsferienlager“ richteten vor allem die für moderne Entwicklungen aufgeschlossenen Kongregationen ein.

10. Die Katholiken und die Mitte-links-Koalition

Die Krise des Jugendverbandes der Azione Cattolica beunruhigte die Bischöfe angesichts bestimmter politischer und religiöser Strömungen. Aber auch die Democrazia Cristiana tat sich nicht leicht, nach De Gasperi ein neues Gleichgewicht zu finden, und die „Operation Sturzo“ hatte gezeigt, welche Schwierigkeiten sich aus politischen Bündnissen mit den Rechtsparteien ergeben konnten. Daher wurde eine Allianz mit den Linksparteien in Erwägung gezogen. Dies deutete Carlo Colombo im Herbst 1953 in der Zeitschrift „Vita e pensiero“ an. Er sprach von einer möglichen Hinwendung zu den Sozialisten, falls diese sich vom Kommunismus und der marxistischen Ideologie distanzieren. Eine Allianz „nach links“ wurde nicht mehr als ideologisches Problem, sondern als Frage der

gegebenen Umstände betrachtet. „Mutatis mutandis“, d. h. nach Lage und Standpunkt der Gesprächspartner, kam ein solches Bündnis durchaus in Frage.

Die Stellungnahme Colombos hatte ziemliches Aufsehen erregt, auch weil während des Kongresses der Sozialistischen Partei in Turin im März 1955 Pietro Nenni von einem Dialog mit den Katholiken gesprochen hatte. Er wurde durch den Entstalinisierungsprozess gefördert, den Chruschtschow im Februar 1956 in Moskau einleitete und der im Juni auch im Westen bekannt wurde. Man durfte daraus auf eine Entscheidung gegen den Kommunismus schließen, zumal die Vergehen Stalins ans Licht kamen. So zeichnete sich ab, dass die Enthüllungen Chruschtschows zur Abkehr der Sozialisten von der Kommunistischen Partei und zu ihrer Rückkehr in die westliche Demokratie führten. Der Einmarsch der Roten Armee nach Ungarn wenige Monate nach der Moskauer Wende dämpfte zwar den Enthusiasmus, trieb aber die Trennung der Sozialistischen Partei vom Kommunismus voran. Ein Schlagwort jener Zeit hieß „Entspannung“ zwischen den beiden entgegengesetzten Blöcken. Einige Bischöfe, wie Giacomo Lercaro in Bologna und Giuseppe Angelo Roncalli in Venedig, warnten vor einer Öffnung gegenüber den Linksparteien.

Die *Civiltà Cattolica* nahm damals ihre Polemik gegen jene Katholiken wieder auf, die sich von angeblich versöhnlichen Friedenstönen täuschen ließen, Positionen der Gegner übernahmen und sich für einen Pragmatismus entschieden, der grundlegende Werte außer Acht lasse. Außerdem erlügen sie einem übertriebenen sozialen Aktivismus und neigten dazu, bischöfliche Weisungen zu unterlaufen. Einen Anstoß in dieser Richtung hatten, ohne an Italien zu denken, die französischen Bischöfe gegeben, die im Herbst 1955 von der „politischen Freiheit der Christen“ sprachen und damit die politische Geschlossenheit der Katholiken in Frage stellten.

Als antikommunistisch konnte auch die Kandidatur Don Dossettis bei der Kommunalwahl von Bologna im Jahr 1956 verstanden werden. Der ehemalige christdemokratische Abgeordnete, der sich 1952 aus der Politik zurückgezogen hatte, trat nämlich auf Bitten Kardinal Lercaros erneut auf den Plan und – aussichtslos – gegen einen kommunistischen Kandidaten an. Anders las sich dagegen die Grußadresse des Patriarchen von Venedig an den Kongress der Sozialisten im Februar. Als er zu einer Klärung aufgefordert wurde, antwortete er, es habe sich nur um eine Höflichkeitsgeste gehandelt. Der Zufall wollte aber, dass wenig später in Venedig eine von den Sozialisten gestützte christdemokratische Stadtregierung zusammentrat, die Roncalli öffentlich missbilligte.

Am 19. März 1957 bekräftigte der „*Osservatore Romano*“ die Verurteilung von Mitte-links-Bündnissen, aber während einer Gedenkfeier zu Ehren De Gasperis im August 1957 betonte einer seiner Nachfolger, Amintore Fanfani, erneut die Unabhängigkeit der *Democrazia Cristiana* von kirchlichen Weisungen. Nun trat Jaques Maritain wieder ins Rampenlicht. Ihm wurde die „Schuld“ an der Verbreitung ähnlicher Auffassungen zugeschrieben.

Das politische Klima heizte sich anlässlich eines Prozesses auf, der die Italiener spaltete: Bischof Pietro Fiordelli von Prato hatte nämlich ein junges Paar, das nur standesamtlich geheiratet hatte, als „im öffentlichen Konkubinat le-

bend“ erklärt und exkommuniziert. Handelte es sich dabei um Nötigung und Beleidigung von Bürgern oder um freie Religionsausübung? Im März 1958 wurde der Bischof gerichtlich verurteilt, in zweiter Instanz aber freigesprochen. Das führte zu schärfsten Protesten. Wer konnte es daraufhin noch wagen, von einer „Öffnung nach links“ zu sprechen?

Die Bischöfe erinnerten im Mai 1958 daran, dass den kirchlichen Weisungen auch in der Politik zu folgen sei, und 1960 benannten sie in einem gemeinsamen Schreiben über den Laizismus, das ein breites Echo fand, alle drohenden Gefahren. Die wichtigste Stellungnahme in diesem Zusammenhang wurde am 18. Mai 1960 im „Osservatore Romano“ in einem nicht gezeichneten Artikel mit dem Titel „Punti fermi“ veröffentlicht. Er wollte in einer Zeit „großer Ideenverwirrung“ Klarheit schaffen. Natürlich war dies eine Warnung an alle, die „den Katholiken und seine Beziehung zur kirchlichen Obrigkeit auf den rein religiösen Bereich reduzieren wollten und eine absolute Unabhängigkeit des Gläubigen im zivilen Leben propagierten“. Gegen solche Tendenzen wurde auch angeführt, dass die Kirche sich in politischen und sozialen Fragen nicht gleichgültig verhalten dürfe, ferner, dass das Urteil über eine Zusammenarbeit mit denen, die keine religiösen Grundsätze anerkannten, der kirchlichen Autorität und nicht den einzelnen Gläubigen vorbehalten sei. Um Missverständnisse zu vermeiden, hieß es, dass „Beitritt, Unterstützung und Mitarbeit in Bewegungen, die der marxistischen Ideologie folgen“, den Gläubigen nicht gestattet seien wegen des offensichtlich „unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen marxistischem System und christlichem Lehramt“. Da das Hl. Offizium im April 1959 die Exkommunikation der Kommunisten aus dem Jahr 1949 bestätigte und sogar auf die Sozialisten ausdehnte, schien es, als sei der Weg einer Mitte-links-Koalition für katholische Politiker versperrt. Diese zeigten sich von dem Bannspuch der vatikanischen Zeitung und der italienischen Bischöfe allerdings nicht sehr beeindruckt.

In Sizilien gab es beispielsweise den „Fall Milazzo“. Dieser Politiker wurde im Oktober 1958 mit den Stimmen der Kommunistischen Partei zum Präsidenten der Region gewählt und daraufhin aus der Democrazia Cristiana ausgeschlossen. Auf gesamtstaatlicher Ebene war dagegen Aldo Moro dafür tätig, eine Regierung mit den Sozialisten Pietro Nenni vorzubereiten. Seine Aufgabe wurde vereinfacht durch das Scheitern der Regierung Fernando Tambroni und den Ausgang der Kommunalwahlen im November 1960. Tambroni hatte seine Regierung mit Unterstützung der Rechtsparteien gebildet und amtierte nur von März bis Juli 1960. Gravierende Unruhen, die zu vielen gewaltsamen Ausschreitungen führten, bestätigten aber, dass das Land diese Lösung nicht befürwortete, während die Wahlen im November 1960 auf lokaler Ebene die Voraussetzungen für jene Bündnisse schufen, die die Bischöfe so erbittert ablehnten. Im Juli 1960 entstand in Agrigent eine Koalition aus Christdemokraten und Sozialisten, im Januar 1961 in Mailand eine Mitte-links-Regierung. Kurz darauf folgten Genua, Florenz und kleinere Städte diesem Beispiel.

Dieser Weg schien sich auch auf gesamtstaatlicher Ebene anzubahnen, obwohl die Christdemokraten wie auch die Sozialisten noch zögerten. Fast, als wolle er

eine kirchliche Desavouierung abwenden, die er aber in der Hoffnung auf das Wohlwollen Papst Johannes' XXIII. für unwahrscheinlich hielt, erklärte Moro beim Kongress in Neapel im Januar 1962: „Die Autonomie ist unsere Übernahme von Verantwortung, sie ist unsere Art, das Risiko allein auf uns zu nehmen, sie ist unsere persönliche Weise, einen Dienst zu leisten und in der Gesellschaft für die christlichen Werte einzutreten.“⁷

Die erste Mitte-links-Regierung entstand im Dezember 1963 unter Moro als Ministerpräsident und Nenni als stellvertretendem Ministerpräsidenten. Die Sozialistische Partei bezahlte das mit einer neuerlichen Abspaltung der Parteilinken, die einer Allianz mit der Democrazia Cristiana nie zugestimmt hatte. Die Bischöfe sahen sich hingegen gezwungen, gute Miene zum Spiel zu machen, und forderten einen stärkeren politischen Zusammenhalt der Katholiken, um in der Koalition maßgebend zu bleiben. Neu aber war, dass sich die italienischen Katholiken zum ersten Mal für eine politische Linie entschieden hatten, die von der amtlichen Kirche abgelehnt wurde. War dies ein warnendes Vorzeichen oder nur das Ergebnis neuer Verhältnisse im Vatikan?

TEIL II: Von Johannes XXIII. bis Paul VI.

1. Papst Johannes XXIII.

Die Debatte über etwaige Bündnisse mit den Linksparteien fiel in die Jahre des Pontifikats Johannes XXIII., des ehemaligen Patriarchen von Venedig, der nach dem Tod Pius' XII. (9. Oktober 1958) am 28. Oktober zum Papst gewählt worden war. Sein Werdegang war linear und ohne größeres Aufsehen verlaufen: Studium im Seminar von Bergamo, theologische Ausbildung in Rom, danach lange Arbeitsjahre in seiner Heimatdiözese, zunächst als Sekretär des Ortsbischofs Msgr. Giacomo Radini Tedeschi, dann als Spiritual des Seminars, mit einem Intermezzo als Militärseelsorger während des Ersten Weltkriegs. Seinem Aufenthalt in Rom beim italienischen Zentralrat des Päpstlichen Werks für die Verbreitung des Glaubens (Propaganda Fide) schlossen sich Jahre des diplomatischen Einsatzes in Bulgarien, der Türkei und Griechenland an. 1944 kam dann ein plötzlicher Karrieresprung mit seiner Ernennung zum Nuntius in Paris. 1953 bis 1958 war er Patriarch von Venedig und trat durch verschiedene, scheinbar gegensätzliche Maßnahmen hervor: Er folgte Weisungen aus Rom, wenn es um bedeutende politische Entscheidungen ging, ließ es 1957 aber zum Skandal kommen, als er eine Grußbotschaft an den in Venedig tagenden Kongress der Sozialistischen Partei richtete. Streng verurteilte er unter dem Einfluss der „Civiltà cattolica“ das Werk von Don Milani „Esperienze pastorali“. Seine seelsorglichen Methoden, sein irenischer und dialogbereiter Stil, seine Vorliebe für traditionelle Religiosität bildeten keinen Zugang zu dem äußerst kritischen Ansatz von Don Milani. Dieser

⁷ Der Volltext der Rede Moros steht in: *Atti e documenti della Democrazia Cristiana 1943–1967*, hrsg. von A. DAMILANO (Roma 1968) Bd. I, 1188–1246, hier 1193.

hatte sich gegen eine Pastoral gewandt, der es nicht gelang, an die Entwicklungen der italienischen Gesellschaft anzuknüpfen und diese zu begleiten.

Nach der ersten Überraschung über seine Wahl entwickelte sich eine reiche Hagiografie zu seinem Lebensweg und seiner Persönlichkeit. Dafür gab es zahlreiche Anhaltspunkte: Seinen Bruch mit der alteingesessenen Tradition, die die Päpste als hieratische und entrückte Persönlichkeiten behandelte. Er wandelte das Bild des Papstes in der Öffentlichkeit radikal, indem er seine menschliche, unmittelbar verständliche und gewinnende Seite hervorhob. Seine Besuche in Krankenhäusern und Gefängnissen, seine Güte und unkomplizierte Kontaktnahme, nicht zuletzt sein Aussehen, das dem eines lombardischen Bauern glich und sich völlig vom Erscheinungsbild Pius' XII. abhob, der eher einer Gestalt auf einem Gemälde El Grecos glich. Auch kam es in den Jahren seines Pontifikats zu einer wahren Flut von – wahren oder wahrscheinlichen – Anekdoten; den wichtigsten Beitrag dazu leistete der Papst selbst durch seine lustigen und belustigenden Erzählungen kleinerer und größerer Begebenheiten aus seinem Leben. Sein Tod, nach tagelangem Todeskampf, wurde zu einem die Welt bewegenden Ereignis. Es war vielleicht das erste Mal, dass die letzten Lebenstage eines Menschen mit so viel Anteilnahme und Zuneigung in allen Teilen der Welt verfolgt wurden.

Johannes XXIII. hatte den Mut, ein Konzil einzuberufen; er nahm sich vor, die Kirche nicht wie ein Museum zu leiten, sondern wie einen Garten, in dem es wachsen soll; er prägte jene Jahre, in denen die Welt – trotz mancher Krisen und Schwierigkeiten – die neuen Wege der internationalen Entspannung und des Friedens gefunden zu haben schien. Im September 1959 hatte in Camp David das Treffen von Chruschtschow und Eisenhower stattgefunden, und am 10. Dezember 1960 übernahm der junge John F. Kennedy das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Die Kirche war aufgerufen, ihr Wort an eine Welt zu richten, die aus dem Kalten Krieg herauskommen und den Frieden nicht nur als Ergebnis gegenseitiger Ängste betrachten wollte.

2. Das Zweite Vatikanische Konzil und der italienische Episkopat

Am 25. Januar 1959 verkündete Johannes XXIII. seine Absicht, ein ökumenisches Konzil einzuberufen, was in vielen kirchlichen Kreisen auf Erstaunen stieß. Nachdem sich die erste Verwunderung gelegt hatte, begannen die Beratungen mit den Bischöfen und mit den kirchlichen Institutionen, die um Vorschläge gebeten wurden. Die nach Rom gesandten Antwortschreiben boten ein Bild jener Erwartungen und Themen, die das Konzil behandeln sollte, und der Antworten, die die Ortskirchen erwarteten.

Die italienischen Bischöfe schienen vor allem an einer besseren Organisation der bestehenden und von ihnen als noch wirksam betrachteten Seelsorgestrukturen interessiert. Sie sprachen von einer Umverteilung der Priester, von einer Umstrukturierung der Diözesen und einer Revision ihrer Grenzen, die mehr nach pastoralen als nach geschichtlichen Gesichtspunkten gezogen werden sollten. Bei der Neuordnung der Pfarreien sollte die alte Regel der Nichtversetz-

barkeit des Pfarrers aufgehoben werden, damit der Bischof den Gläubigen besser gerecht werden könne. Sodann bestanden sie darauf, dass die Ordensangehörigen sich stärker in den Dienst der örtlichen Seelsorge stellten. Einige meinten, das Konzil müsse zu ideologischen Verirrungen in der italienischen Kultur ein klares Wort sprechen, und einige gingen so weit, für Teilnehmer an Schönheitswettbewerben, die als Zeichen des Sittenverfalls angesehen wurden, die Exkommunikation zu fordern.

Insgesamt boten die italienischen Bischöfe das Bild guter Hirten. Sie waren ein wenig in ihre internen Probleme verstrickt, um eine Verbesserung der Lebensumstände des Klerus und um die Stärkung ihrer eigenen Rolle bemüht, aber von geringem Interesse gegenüber den internationalen Problemen, den großen sozialen Veränderungen, dem Weltfrieden und der Abrüstung. Auch die Ökumene schien sie wenig zu interessieren.

Während der Vorbereitung auf das Konzil gab der Papst zu erkennen, dass er seine Aufgabe als Bischof von Rom betonen wollte. Ein Zeichen dafür war die Einberufung der römischen Diözesansynode. Dass deren Arbeiten nicht allzu interessant waren und nicht zu herausragenden Ergebnissen führten, schmälerte den Sinn der Einberufung nicht. Die größere Aufmerksamkeit gegenüber ihren Diözesen bedeutete keine Einengung des Horizonts der Bischöfe. Im Gegenteil: Gerade in dieser Hinsicht vollzog sich während dieses Pontifikats ein Qualitätssprung. Der Papst wollte seinem Dienst erneut eine weltweite Bedeutung geben und daher von einer Fixierung auf italienische Anschauungen abrücken. Daher wies er den Institutionen und noch mehr den einzelnen Personen mehr Verantwortung zu. Er blieb dem auch treu, als er erkannte, dass es zu Entscheidungen kam, die nicht seinen Intentionen entsprachen. Das gilt z. B. für die italienischen Bischöfe: Sie waren gewohnt, sich Rom zu unterwerfen und auf eigene Entscheidungen zu verzichten. Papst Johannes billigte die Satzung der Italienischen Bischofskonferenz (CEI) und forderte die Mitglieder auf, ihre jeweilige Verantwortung zu übernehmen. Er akzeptierte in der Folge auch manche Beschlüsse, die seinen Erwartungen nicht ganz entsprachen.

Im Unterschied zu anderen Ländern existierte in Italien bis dahin noch keine Bischofskonferenz. In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts waren allerdings regionale Konferenzen entstanden, die aber nicht aufeinander abgestimmt waren. Im Januar 1952 hatten Beratungen der Vorsitzenden dieser regionalen Konferenzen begonnen, die auf der Grundlage einer 1954 vorläufig von der Konsistorialkongregation verabschiedeten und 1959 umgestalteten Satzung in regelmäßigen Abständen fortgeführt wurden. Zum Vorsitzenden ernannte Johannes XXIII. 1959 den Erzbischof von Genua, Kardinal Giuseppe Siri, der 1962 bestätigt wurde. Im gleichen Jahr fand anlässlich des Konzils die erste Plenarsitzung aller italienischen Bischöfe statt; ein weiteres Treffen im April 1964 kann als Gründungsdatum der Bischofskonferenz angesehen werden.

Die seelsorglichen Entscheidungen und die Ekklesiologie Kardinal Siris entsprachen nicht ganz den Absichten des Papstes. Dies führte dazu, dass die Bischöfe von den Erklärungen und Gesten des Papstes teilweise abwichen. Johannes XXIII. blieb jedoch seiner Linie treu und überließ die seelsorglichen

Entscheidungen den Ortsbischöfen. Im Übrigen folgten die internen Debatten, die Richtlinien und Stellungnahmen vieler Bischöfe und Priester einem traditionellen Schema. Die Gestalt des Papstes wurde jedoch im Laufe nur weniger Monate auch kirchenfernen Kreisen vertraut, und für die Volksfrömmigkeit bildete er einen festen Bezugspunkt. Es sprach für sich, dass in vielen Häusern sein Bild neben Heiligenbildern, aber auch neben Porträts von Marx, Togliatti, Turati, Gramsci, Che Guevara usw. hing.

Auch seine Enzykliken „Mater et Magistra“ vom Mai 1961 und „Pacem in terris“ vom April 1963 wurden diskutiert. Die letztere schlug insofern einen neuen Ton an, als sie sich nicht nur an die Gläubigen, sondern an alle Menschen guten Willens richtete. Des Papstes Sympathie sogar gegenüber notorischen Kirchenhassern und die Achtung, die er in Kreisen der italienischen Linken genoss, manche Abschnitte der Enzyklika „Pacem in terris“ über die christenfeindliche Ideologien, die sich im Laufe der Zeit ändern konnten, so dass Begegnungen, die einst ausgeschlossen waren, möglich erschienen – all dies trug ihm während einer Zeit, als Italien eine „Öffnung nach links“ diskutierte, bittere Erfahrungen ein. Denn während er durch die eine Seite instrumentalisiert wurde, interpretierten andere ihn bewusst falsch.

Wenige Wochen vor der Veröffentlichung von „Pacem in terris“ erklärte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Palmiro Togliatti, während einer Rede in Bergamo, der Heimatstadt Papst Roncallis, die internationale Linke habe einen schweren Fehler begangen, als sie das religiös fundierte Gewissen als Werkzeug zum Erhalt der bürgerlichen Ordnung hingestellt habe. Viele sprachen daraufhin von einer gefährlich „ausgestreckten Hand“ Togliattis und von allzu naiven Aussagen des Papstes. Das veranlasste diesen jedoch nicht zu einer Änderung seines Entschlusses, sich über Italien hinaus an alle Menschen zu wenden, ohne sich allerdings in die Arbeit der Ortskirchen einzumischen.

Einige seiner Ausflüge in die Straßen Roms hatten schon vorher Aufsehen erregt, aber seine Entscheidung, vor der Eröffnung des Konzils nach Loreto zu pilgern, um den Segen Mariens für das Konzil zu erbitten, hatte ein riesiges Echo, denn es war die erste Reise eines Papstes außerhalb Roms seit 1870. Ähnliches galt für seine Eröffnungsrede beim Konzil am 11. Oktober 1962, in der er sich von den Unglücksboten distanzierte, die in der Welt nur Schlechtes sähen. Am bekanntesten jedoch blieb seine Ansprache am Abend des gleichen Tages vor den Gläubigen auf dem Petersplatz; darin sprach er vom Mond, der zum Rendezvous komme, und von den Liebkosungen des Papstes, die man den Kindern und Leidenden bringen sollte.

Vom Konzil hatte er eine stark traditionsgeprägte Auffassung als Zeit der Gnade und der weltumspannenden Begegnung, die dem Nachfolger Petri Gelegenheit gebe, seine Glaubensbrüder zu stärken. Es dauerte aber nicht lange, bis er einen neuen Hauch des Geistes zu beobachten glaubte und seine Haltung änderte; den Entscheidungen und Erwartungen der Konzilsväter gegenüber zeigte er immer großen Respekt. Aber nicht alle Mitglieder der Kurie teilten diese Einstellung. Sie zwangen den Papst zu vielen Stunden „institutioneller Einsamkeit“ und verursachten ihm schmerzliche Augenblicke, die erst nach

seinem Tod bekannt wurden, als das Zeugnis seines spirituellen Werdens, das „Giornale dell'anima“, und weitere Aufzeichnungen, die sein Sekretär Loris Capovilla aufbewahrt hatte, veröffentlicht wurden.

Langsam zeigte sich die Tragweite einer Neuinterpretation der Rolle des Papsttums, auch im Hinblick auf jene *Communio-Ekklesiologie*, die das Konzil dann ausarbeiten sollte. Johannes XXIII. wollte deutlich machen, dass es sich um ein Pastorkonzil handle. Er selbst war mit gutem Beispiel vorangegangen und hatte die Rolle als Bischof von Rom übernommen, zeichnete also persönlich für die Evangelisierung seiner Diözese verantwortlich. Was später als Argument zur Reduzierung der Bedeutung des Konzils angeführt wurde, musste damals als Element der Stärke erscheinen. Es mag merkwürdig anmuten, man habe damals denken können, die Rolle des Seelsorgers in der Kirche sei derart marginal, dass ein Konzil, das sich damit befasse, an Wert verliere. Johannes XXIII. wollte genau diesen Aspekt herausstellen, nämlich die Verkündigung des Wortes Gottes als Hauptanliegen.

Die letzten Monate seines Lebens waren von den Arbeiten des Konzils geprägt, die er mit bemerkenswerter Zurückhaltung, aber großer Anteilnahme verfolgte. Bei der Einberufung war er davon überzeugt gewesen, der Kirche ein neues Pfingsten zu ermöglichen und der Ansicht, das Konzil könne seine Arbeit in kurzer Zeit und ohne größere Meinungsverschiedenheiten abschließen. Schon die ersten Wochen sollten allerdings das Gegenteil beweisen, und mit der Bescheidenheit eines Menschen, der auf seine eigenen Überzeugungen verzichtet, wenn das Wohl der Kirche es erfordert, akzeptierte er als erster die neuen Meinungen und die Zurückweisung bereits ausgearbeiteter Schemata. Er forderte sogar, die Arbeiten sollten den für nötig erachteten Weg nehmen, selbst wenn es ihm persönlich dabei so gehen sollte wie Moses auf dem Berg, der das Gelobte Land nur aus der Ferne sah, es aber nicht betreten sollte. Am Abend des 3. Juni 1963 – als Kardinal Luigi Traglia, Vikar für die Diözese Rom, gerade die Messe auf dem Petersplatz vor einer ergriffenen Menschenmenge beendete, starb Johannes XXIII. Die Trauer war allgemein.

Am 21. Juni wurde nach einem Konklave ohne Überraschungen der Erzbischof von Mailand, Giovanni Battista Montini, den Johannes XXIII. zum Kardinal erhoben hatte, zum Papst gewählt. Er folgte dem Beispiel seines Vorgängers und entschied sich für den Namen des größten Glaubensboten, der dem Christentum als erster eine theologische Betrachtung über das Wort Gottes geliefert hatte. Montini nannte sich Paul VI.

Von Anfang an ließ er keinen Zweifel über die Weiterführung des Konzils aufkommen. Und wie hätte es auch anders sein können, da er selbst zusammen mit Kardinal Léon-Joseph Suenens in den letzten Tagen der ersten Konzilsperiode Vorschläge zur Fortführung der Arbeiten unterbreitet hatte?

Das Konzil nahm also seinen Fortgang und endete am 8. Dezember 1965. Die Konzilstexte wurden den Bischöfen zur Umsetzung in den Ortskirchen übergeben. Dabei sollten die unterschiedlichen, geschichtlich gewachsenen Verhältnisse, Traditionen und Bräuche, z. B. bezüglich der Beziehungen zu Gesellschaft und Staat, berücksichtigt werden.

In den Monaten unmittelbar nach dem Konzil erlebte der italienische Episkopat die Folgen des Großereignisses mit gemischten Gefühlen. Auf dem Konzil selbst hatten die italienischen Bischöfe keine erstrangige Rolle gespielt, obwohl sie am häufigsten das Wort ergriffen hatten (309 von insgesamt 2234 Beiträgen). Ohne oberflächlich zwischen Linken und Rechten zu unterscheiden, konnten doch nur wenige in den entscheidenden Augenblicken ihren Einfluss geltend machen, und diejenigen, die sich bei den Diskussionen am häufigsten zu Wort meldeten, spielten eher eine tardierende Rolle. Es war schwerlich zu erwarten, dass sie die Weisungen des Konzils verwirklichen würden. Dennoch gab es interessante Fälle, sogar echte Bekehrungen. Die Haltung Pauls VI., der das schwierige Erbe Johannes' XXIII. mit der Fortsetzung des Konzils wie auch dessen Umsetzung zu verwalten hatte, erklärte sich vielleicht durch den Widerstand und durch manche Polemik gegen bestimmte Reformen.

Paul VI. verhielt sich widersprüchlich, und einige seiner Maßnahmen waren nicht für alle sofort verständlich. Viele Bischöfe standen vollkommen neuen Situationen gegenüber, ohne dass sie das nötige Fingerspitzengefühl und die Kultur besessen hätten, um darauf zu reagieren. Sie waren Kinder einer anderen Zeit und in einer Kirche mit anderen Zielen aufgewachsen. Es war kaum zu erwarten, dass sie zur Triebkraft einer umfassenden Wandlung werden könnten.

Die Synoden der sechziger Jahre schienen dies zu bestätigen: Man spürte die Angst vor dem Neuen und sah misstrauisch auf die neuen Kommunikationsmittel, die sich langsam durchsetzten und immer breitere Kreise erreichten, manche warnten immer noch vor dem Kommunismus, andere hingegen versuchten einen nach allen Richtungen offenen Dialog zu praktizieren, den Paul VI. in seiner Antrittszyklika „Ecclesiam suam“ vom 6. August 1964 gewünscht hatte. Zur gleichen Zeit wurde der Band „Dialogo alla prova“ 1964 veröffentlicht, in dem Mario Gozzini, ein namhafter Gelehrter, Beiträge zum Verhältnis zwischen italienischen Katholiken und Kommunisten, und zwar von beiden Seiten, gesammelt hatte. Zwei Jahre später löste das Buch von Giulio Girardi „Marxismo e cristianesimo“ lang anhaltende Diskussionen aus. Ebenfalls 1966 warnte Kardinal Giovanni Urbani, der im Februar des Jahres vom Papst zum Vorsitzenden der Bischofskonferenz ernannt worden war, vor einer zunehmenden Säkularisierung und Entkirchlichung des öffentlichen und privaten Lebens. Urbani hatte, nach einem kurzen Interregnum zunächst mit Traglia als Pro-Präsident und dann mit einer Kollegialdirektion, die Nachfolge von Siri an der Spitze der CEI angetreten. Paul VI. setzte damit eine Politik in Gang, die – ohne traumatische Brüche und stets auf Vermittlung bedacht – darauf abzielte, sich mit Persönlichkeiten zu umgeben, die seinen Kurs mittrugen.

Schon 1964 war Vittorio Bachelet zum Präsidenten der Katholischen Aktion ernannt worden, in einer Zeit, in der die Bemühungen um die Liturgiereform immer stärker wurden, die für das Kirchenvolk eine der wichtigsten Konzilsentscheidungen bildete.